

PRESSEMITTEILUNG

15. Ostdeutsches Energieforum - „Sicherheit in unsicheren Zeiten“
30. September/1. Oktober 2026, Leipzig

**Interview mit Dr. Dietmar Woidke,
Ministerpräsident von Brandenburg**

„Erneuerbare Energien müssen stärker dort verbraucht werden, wo sie erzeugt werden“

Ostdeutschland produziert längst Energie für die Transformation, trägt aber auch Netzausbau, Flächenkonflikte und Strukturwandel. Aber ist es auch Gewinner der Energiewende? Was tun Sie konkret, damit aus Windrädern, Netzen und Strukturwandel niedrigere Kosten und neue Jobs entstehen?

Dr. Dietmar Woidke: Es ist doch paradox: Brandenburg erzeugt im Schnitt die meiste erneuerbare Energie pro Kopf, aber von der günstigen Erzeugung merken die Menschen auf ihrer Stromrechnung nur wenig. Das Ziel der Landesregierung ist daher seit langem: Strom, der hier generiert wird, soll zuerst in und für Brandenburg zur Verfügung stehen.

Das bedeutet, alle Kosten, die das Gesamtsystem verteuern und einseitig einzelne Bundesländer oder Branchen belasten, kommen auf den Prüfstand. Ausbaukosten müssen dringend gesenkt und eine netzdienliche Regulatorik eingeführt werden.

Brandenburg hat sich beispielsweise erfolgreich für die gerechte Verteilung der Mehrkosten beim Ausbau des Verteilnetzes eingesetzt. Noch bis zum Ende des Jahres 2024 wurden die Mehrkosten für den Ausbau dieser Netze ausschließlich auf die Netzentgelte der Verbraucherinnen und Verbraucher der Regionen umgelegt, in denen Windkraft- und Solaranlagen ausgebaut wurden. Durch die Umlage sind die Kosten in Brandenburg gesunken.

Erfolgreich war Brandenburg auch beim langen Ringen um die Kapazitätskraftwerke und den Südbonus. Wir haben die pauschale strukturelle Benachteiligung der LEAG-Standorte abgewendet. Nach der nun erzielten Einigung greift der Südbonus erst dann, wenn bis zu einem Drittel der Kapazitäten der – netztechnische - Norden einen Zuschlag erhält. Damit haben Brandenburger Standorte in beiden Ausschreibungsrunden wieder eine faire Chance. Es ist sinnvoll, die dort bereits bestehende Infrastruktur zu nutzen. Dies kann die Kosteneffizienz im Gesamtstromsystem, das wir alle über unsere Rechnung finanzieren, positiv beeinflussen.

Allerdings gibt es doch noch viel zu tun: Die Strompreise sind weiter zu hoch und müssen endlich sinken. Erneuerbare Energien müssen stärker dort verbraucht werden, wo sie erzeugt werden. Netz- und Speicherinfrastruktur müssen ausgebaut, die finanzielle Bürgerteilhabe gesichert und die Industriestandorte direkt mit günstigem Grünstrom versorgt werden. Hierfür braucht es die notwendigen Rahmenbedingungen von Bundeseite. Brandenburg engagiert sich aktuell im Rahmen der Novellierung des EEG- und des Netzanschluss-Paketes sowie beim AgNes -Prozess für faire Rahmenbedingungen.

Viele ostdeutsche Regionen leisten bereits einen erheblichen Beitrag zur Energiewende – mit Windparks, Solarflächen, Netzausbau und Strukturwandel. Trotzdem ist der Eindruck verbreitet, dass die Lasten lokal sichtbar sind, die Gewinne aber oft anderswo entstehen. Was ist Ihr konkretes politisches Angebot an die Menschen und Unternehmen in Ostdeutschland: Wie wird aus Akzeptanz für neue Energieinfrastruktur ein spürbarer Nutzen vor Ort?

Dr. Dietmar Woidke: Die Energiewende ist voller Chancen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen. Brandenburgs Landesregierung trägt viel dazu bei, dass ihre Auswirkungen wirtschaftliche Vorteile bringen. Ich nenne da Beteiligungsinstrumente wie den Wind- und den Solareuro, über die Kommunen jährlich Mittel erhalten, wenn in ihrer Nähe Anlagen entstehen. Wir setzen außerdem darauf, dass die Wertschöpfung stärker in der Region bleibt, etwa durch Aufträge für Handwerksbetriebe, für die Planung, den Bau und Betrieb von Anlagen. Auch die erneuerbare Wärme spielt eine wichtige Rolle. Ich meine damit insbesondere die Geothermie, bei der Brandenburg die Rahmenbedingungen verbessert und Verfahren beschleunigt hat. Dazu gehören bessere Informationen für Investoren, Kommunen und Stadtwerke, ein digitaler Zugang zu Erdwärmedaten und künftig auch digitale Genehmigungsverfahren.

Rechenzentren und KI brauchen enorme Mengen Strom. Warum sollten ostdeutsche Kommunen dafür Flächen, Wasser und Akzeptanz bereitstellen – wenn nicht garantiert ist, dass Wertschöpfung vor Ort bleibt?

Dr. Dietmar Woidke: Solche Ansiedlungen sollten als strategische Standortentscheidung verstanden werden. Kommunen verfügen über Gestaltungsspielräume, um die Ansiedlung von Rechenzentren an klare Bedingungen zu knüpfen. Sie müssen einer Ansiedlung nicht nur zustimmen, sondern durch die Schaffung von Planungsrecht aktiv die Voraussetzungen dafür schaffen.

Dabei brauchen wir stets eine integrierte Planung, also muss auch sichergestellt sein, dass beispielsweise die Abwärme für die kommunale Wärmeversorgung genutzt werden kann oder geschlossene Kühlkreisläufe zur Reduzierung des Wasserverbrauchs umgesetzt werden. Das Land Brandenburg unterstützt die Kommunen ausdrücklich dabei. Mit dem im Mai 2026 gemeinsam vom Wirtschaftsministerium und der Wirtschaftsförderung erstellten „Leitfaden für Kommunen zur Ansiedlung von Rechenzentren in Brandenburg“ erhalten sie wertvolle Informationen zu Flächensicherung, Bauleitplanung, Energieversorgung, Gewerbesteuer und Abwärmenutzung.

Unser Ziel ist es, dass Ansiedlungen vor Ort nachhaltig sind und regionale Wertschöpfung sicherstellen. Gerade mit dem Hasso-Plattner-Institut ist Brandenburg bei Forschung und Anwendung von KI und dem Ausbau und der Stärkung der Europäischen Digitalen Souveränität ganz vorne mit dabei. Dafür brauchen wir die notwendige Infrastruktur.

Kurz & bündig

15. Ostdeutsches Energieforum

30. September bis 1. Oktober 2026

Campus Jahnallee der Universität Leipzig & digital

Veranstalter: Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin | federführender Verband: Unternehmerverband Sachsen e.V.

Anmeldung und Programm: www.ostdeutsches-energieforum.de



Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin



Pressekontakt

Susanne Tenzler-Heusler

T: +49 173 378 6601

Mail: energieforum@brandvorwerk-pr.de

Kontakt

Lars Schaller

T: 0341 – 3513 8365 0

Mail: lars.schaller@uv-sachsen.org